

# Vorwort

*Für Florus*

Diese Arbeit widmet sich der Analyse der „Neuen Europäischen Sicherheitsarchitektur“ und damit Fragen von Krieg und Frieden in den internationalen Beziehungen. Sie versucht den Forschungsstand zu umreißen, einen eigenen theoretisch-analytischen Zugriff zu entwerfen und schließlich mit diesem die Entwicklung der europäischen Sicherheitsarchitektur nach dem Ende des Systemgegensatzes zwischen 1990 und 2003 kritisch zu analysieren. Die wesentlichen Vorarbeiten wurden im Jahre 2003 und die erste Fassung der Arbeit im Frühjahr 2004 abgeschlossen. Im März/April 2005 wurde die Arbeit nochmals vollkommen durchgesehen und – v.a. durch Präzisierung der Aussagen – überarbeitet.

Die Entwicklungen im Jahr 2004 und im Frühjahr 2005, insbesondere die Erweiterung von EU und NATO, werden in dieser Arbeit nicht thematisiert, da sich in ihnen m.E. nur Tendenzen ausdrücken, die sich über die Analyse des Zeitraums bis Ende 2003 schon abzeichneten.

Die Erstellung dieses Werkes hat einiges in Anspruch genommen. Neben der Zeit und materiellen Dingen waren dies oftmals die Nerven meiner Mitmenschen. All jenen, die es mir dennoch ermöglicht haben, diese Arbeit zu vollenden, möchte ich hiermit danken. Zunächst sind zu nennen die Universität-Gesamthochschule Kassel, ohne deren zentrale Forschungsförderungsmittel ich der Empirie kaum hätte Herr werden können, und dem DAAD, durch dessen Beitrag zu einem Lehr- und Forschungsaufenthalt an der Rutgers University, Newark NJ, gerade Fragen der (US-)Hegemonie einer Klärung näher gebracht werden konnten. Diskussionen mit Studierenden und Kollegen halfen, offene Probleme zunächst in Fragen und Thesen zu fassen, die dann „abgearbeitet“ werden konnten. Hier gilt mein Dank besonders Patricia Bauer, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Lehrforschungsprojekt „Euro-Mil-Watch“ und am Seminar „Foreign Policy and Security Issues in the European Union“ und ganz besonders Werner Ruf, dessen Einwände immer wieder nach Präzisierung der Argumentation verlangten. Die Nerven meiner Familie habe ich in der Zeit der Manuskripterstellung ganz besonders strapaziert. So ist meiner Tochter, meinem Sohn und meinen Eltern zu danken und ganz besonders meiner Frau.

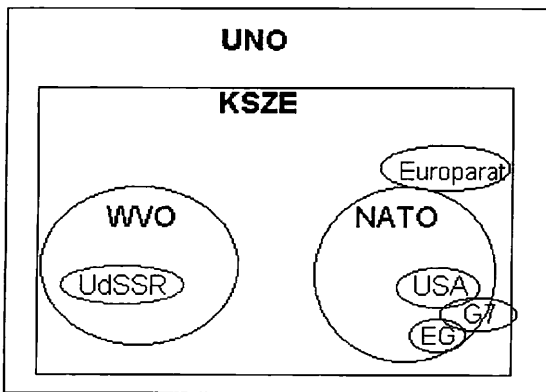
Dass dieses Werk abgeschlossen werden konnte, verdanke ich vielfacher Unterstützung. Dennoch habe ich das, was hier vorliegt – mit all seinen Stärken und Schwächen – allein zu verantworten. Ich hoffe, im Blick der interessierten Leserinnen und Leser machen am Schluss die Stärken die Schwächen wett oder tragen zumindest dazu bei, für die skizzierten Probleme zu sensibilisieren. Schon dann hat das Werk seinen Zweck erfüllt.

Michael Berndt, Habichtswald, den 30.4.2005

# Einführung

Es mutet seltsam an und reizt zur Nachforschung: Da gibt es ein Militärbündnis, die NATO, doch gleichzeitig wird versucht, in der und für die EU – deren Mitglieder mehrheitlich auch NATO-Mitglieder sind – eigene militärische Fähigkeiten aufzubauen. Außerdem ist ein Zusammenschluss von Staaten, der von Vancouver bis Wladiwostok reicht und sich mit allen Sicherheitsfragen beschäftigt, vorhanden, die OSZE, doch gleichzeitig versuchen NATO, Europarat und EU/WEU, durch Erweiterung ihres jeweiligen Mitgliederkreises oder andere Formen der Beteiligung genau denselben geographischen Raum abzudecken. Schließlich existieren eine weltumfassende Organisation für Frieden und Sicherheit, die UNO, und eine Organisation, die sich als regionale Abmachung für Europa im Sinne der UNO-Charta versteht, die OSZE, doch weder erstere noch letztere legitimierten formal den Militäreinsatz gegen eines ihrer (wenn auch wie zu dieser Zeit von der OSZE-Mitgliedschaft suspendierten) Mitglieder, Jugoslawien. Stattdessen „legitimierte“ sich ein Militärbündnis, die NATO, ohne jegliche negative Konsequenzen selbst dazu.

Abbildung 1: Die Europäische Sicherheitsarchitektur im Ost-West-Konflikt



Die zu Zeiten des Ost-West-Konflikts entstandene völkerrechtliche und geographische Systematik der Organisationen und ihrer Verhältnisse zueinander ist seit der weltpolitischen Zäsur 1989/90 im Umbruch. Die alte Europäische Sicherheitsarchitektur, bestehend aus zwei sich gegenüberstehenden Militärbündnissen (NATO und WVO), einem blocküberwölbenden Diskussionsforum in Europa (KSZE) und einer politisch schwachen, völkerrechtlich aber dominanten weltumspannenden Organisation (UNO), ist Geschichte (siehe: Abbildung 1). Diese Architektur basierte auf einem militärisch-territorialen Sicherheitsverständnis mit zwei Säulen: militärische Sicherheitsbedrohungsperzeption und militärische Sicherheitsvorsorgemaßnahmen. Zum einen wurden also (gegnerische) militärische Maßnahmen und artikulierte Absichten als Bedrohung für die (eigene) Sicherheit perzipiert. Zum zweiten wurden zur Sicherheitsvorsorge (eigene) militärische Maßnahmen für not-

wendig erachtet. Mit dem Ende der Systemkonkurrenz ist diese alte Europäische Sicherheitsarchitektur nicht nur dadurch Geschichte geworden, dass sich das eine Militärbündnis, die WVO, inklusive seiner tragendsten Kraft, der UdSSR, aufgelöst hat. Damit wurde dem alten militärisch-territorialen Sicherheitsverständnis die empirische Basis genommen. Doch der Wegfall der existenzbedrohenden militärischen Probleme für Frieden und Sicherheit in Europa hat nur graduell zu einem Abbau militärischer Fähigkeiten geführt. Anstatt an den vermeintlichen Restrisiken des alten existenzbedrohenden Problems orientiert die Militärpotenziale abzubauen, baute man sie vielmehr um und begründete dies mit dem Aufkommen bzw. der Relevanzzunahme neuer Sicherheitsrisiken. Dabei sind die Säulen des neuen Sicherheitsverständnisses nun aber weniger klar als die des alten. So werden nun einerseits alle möglichen Faktoren als sicherheitsrelevant interpretiert, d.h. die Sicherheit kann durch vielfache Entwicklungen in Mitleidenschaft gezogen werden, von denen militärische nur ein Teil sind. Andererseits können Sicherheitsvorsorgemaßnahmen nun auch ganz verschiedener (aber eben auch militärischer) Art sein.

Nicht nur der organisatorische Aufbau der „Europäischen Sicherheitsarchitektur“ ist also im Umbruch, sondern auch ihr inhaltlicher Bezugspunkt, Sicherheit. Nach 13 Jahren Wandel von der alten zu einer „Neuen Europäischen Sicherheitsarchitektur“ scheint auf den ersten Blick immer noch kein ähnlich klarer Stand identifizierbar zu sein, wie ihn die alte Architektur darstellte: Je nachdem, wie weit man „Sicherheitsrisiken“ definiert und den geographischen Rahmen festlegt, gibt es nun zwischen drei und neun Organisationen, die sich alle mit Fragen der europäischen Sicherheit beschäftigen. Zu nennen sind hier im engen Kreis EU/WEU, NATO und OSZE, im weiteren Kreis kämen dann noch die GUS, der Europarat, die UNO, die OECD und die G7/G8 dazu. Wird der engere Kreis betrachtet, so ergibt sich – zumal dann, wenn bei EU/WEU und NATO die diversen Beteiligungsformen unterhalb der Mitgliedschaft eingeschlossen werden – im Jahre 2003 ein weiteres seltsames Ergebnis, nämlich dass a) die Mitgliedschaften in bzw. Beteiligungsformen an den Organisationen eine sehr große Schnittmenge erkennen lassen, b) alle drei Organisationen die gleichen Ziele verfolgen, c) alle drei Organisationen zum Teil auch über die gleichen Mittel verfügen (wollen) und d) alle drei Organisationen bei den wahrgenommenen und wahrzunehmenden Aufgaben erhebliche Schnittmengen aufweisen. Würden die anderen fünf o.g. Organisationen hinzugerechnet, so ergäben sich zwar auf der einen Seite einzelne größere Restmengen, aber auf der anderen Seite wiederum größere Schnittmengen<sup>1</sup> (siehe: Abbildungen 2 und 3). Die Frage ist also, warum es für denselben Zweck neun Organisationen bedarf, die sich auch noch an verschiedenen Stellen jeweils überlappen.

Nun scheint der Wandlungsprozess von der alten zur „Neuen Europäischen Sicherheitsarchitektur“ noch nicht abgeschlossen, sodass eine Analyse dieser immer wieder Gefahr läuft, von der Realität überholt zu werden. Aber ist es tatsächlich so, dass die Wissenschaft vor einer, wie es Ingo Peters 1995 beschrieb, „unübersichtliche(n) ‚Gemengelage‘ von Zuständigkeiten, Instrumenten und Prozeduren“ (Peters 1995: 304) steht? Oder kristallisiert sich nicht doch schon eine konkrete „Neue Europäische Sicherheitsarchitektur“ heraus, die bereits eine neue Systematik besitzt und nur deshalb fälschlich in der Wissen-

<sup>1</sup> So sind von den 55 Mitgliedstaaten der OSZE vier Staaten (Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien) Mitglieder in acht der neun Organisationen. 21 Staaten sind Mitglieder in bzw. beteiligt an sieben, und 13 Staaten sind Mitglieder in bzw. beteiligt an sechs der neun Organisationen. D.h. 38 der 55 Staaten sind in mehr als der Hälfte der neun Organisationen Mitglieder bzw. an den Organisationen beteiligt.

schaft immer wieder noch als „im Wandel“ identifiziert wird, weil diese neue Systematik sich mit den aus der Zeit des Systemgegensatzes geprägten Vorstellungen nicht erschließt?

Abbildung 2: Die Organisationen: Mitglieder und Beteiligte (Stand 2003)

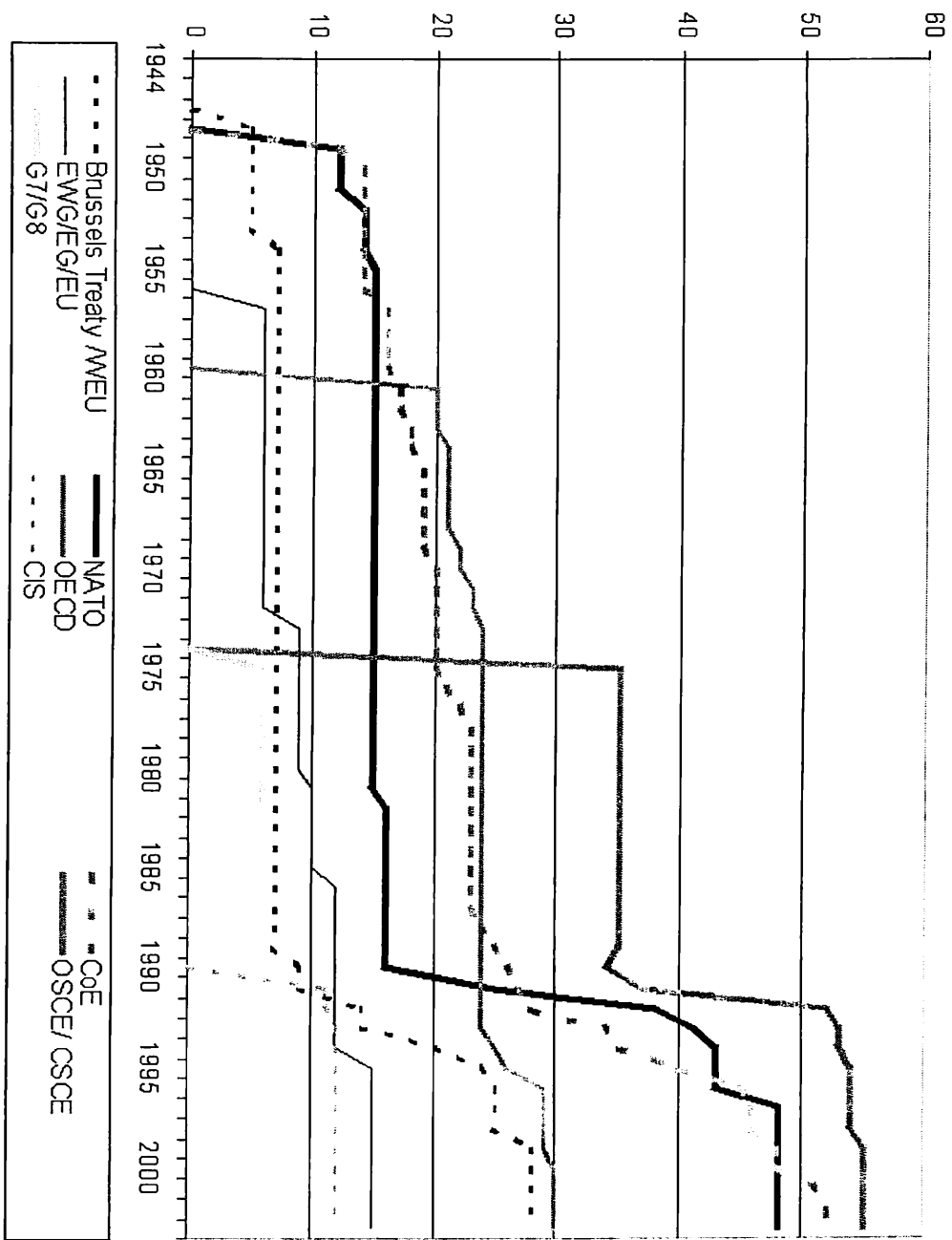
Staat	OSZE	UNO	CoE	NATO	EU/ WEU	OECD	CIS	G7/G8	x von 8
Gesambeteiligte:	55	54	49	46	30	25	12	7	
Aufteilung:	55	50+4	46+3	19+27	15+15	25	12	6+1	
Albania	F	F	F	B					3(4)
Andorra	F	F	F						3
Armenia	F	F	F	B			F		4(5)
Austria	F	F	F	B	F	F			5(6)
Azerbaijan	F	F	F	B			F		4(5)
Belarus	F	F	F	B			F		4(5)
Belgium	F	F	F	F	F	F			6
Bosnia and Herzegovina	F	F	F						2(3)
Bulgaria	F	F	F	B	B				3(5)
Canada	F	F	B	F		F		F	5(6)
Croatia	F	F	F	B					3(4)
Cyprus	F	F	F		B				3(4)
Czech Republic	F	F	F	F	B	F			5(6)
Denmark	F	F	F	F	F	F			6
Estonia	F	F	F	B	B				3(5)
Finland	F	F	F	B	F	F			5(6)
France	F	F+V	F	F	F	F		F	7
Georgia	F	F	F	B			F		4(5)
Germany	F	F	F	F	F	F		F	7
Greece	F	F	F	F	F	F			6
Holy See	F		B						1(2)
Hungary	F	F	F	F	B	F			5(6)
Iceland	F	F	F	F	B	F			5(6)
Ireland	F	F	F	B	F	F			5(6)
Italy	F	F	F	F	F	F		F	7
Kazakhstan	F	F		B			F		3(4)
Kyrgyzstan	F	F		B			F		3(4)
Latvia	F	F	F	B	B				3(5)
Liechtenstein	F	F	F						3
Lithuania	F	F	F	B	B				3(5)
Luxembourg	F	F	F	F	F	F			6
Malta	F	F	F		B				3(4)
Moldova	F	F	F	B			F		4(5)

Monaco	F	F							2
Netherlands	F	F	F	F	F	F			6
Norway	F	F	F	F	B	F			5(6)
Poland	F	F	F	F	B	F			5(6)
Portugal	F	F	F	F	F	F			6
Romania	F	F	F	B	B				3(5)
Russian Federation	F	F+V	F	B			F	F-E	5(6)
San Marino	F	F	F						3
Slovak Republic	F	F	F	B	B	F			5(6)
Slovenia	F	F	F	B	B				3(5)
Spain	F	F	F	F	F	F			6
Sweden	F	F	F	B	F	F			5(6)
Switzerland	F	F	F	B		F			4(5)
Tajikistan	F	F		B			F		3(4)
The former Yugoslav Republic of Macedonia	F	F	F	B					3(4)
Turkey	F	F	F	F	B	F			5(6)
Turkmenistan	F	F		B			F		3(4)
Ukraine	F	F	F	B			F		4(5)
United Kingdom	F	F+V	F	F	F	F		F	7
United States of America	F	F+V	B	F		F		F	5(6)
Uzbekistan	F	F		B			F		3(4)
Yugoslavia (Serbia+Montenegro)	F	F	F						3

Legende: F = Vollmitglied, F+V = Vollmitglied mit Vetorecht im Sicherheitsrat der UNO, F-E = Wirtschaftspolitische Beschlüsse werden im Kreis der G7 gefaßt, B = in unterschiedlicher Form beteiligt: so bei NATO im Kontext von NACC, EAPC, PfP und/oder NATO-Russland-Rat, NATO-Ukraine-Kommission, bei WEU im Kontext von Associate Member, Observer oder Associate Partner, bei EU im Kontext des Status als Beitrittskandidat

Dieser „Neuen Europäischen Sicherheitsarchitektur“ widmet sich die vorliegende Arbeit. Ein zentraler Ausgangspunkt dieser Untersuchung ist das Faktum, dass die alte Europäische Sicherheitsarchitektur von zwei verschiedenen Typen von Organisationen getragen wurde. Es standen sich mit NATO und WVO zwei Systeme kollektiver Verteidigung gegenüber, von denen jedes das andere als militärische Bedrohung wahrnahm. Dass diese beiden Militärbündnisse sich dennoch in Europa nicht direkt bekriegten, mag zum einen an ihrer gegenseitigen Abschreckung gelegen haben, die im Falle des Versagens womöglich zu einem die Erde vernichtenden Atomkrieg geführt hätte. Zum anderen können das Ausbleiben eines „heißen“ Krieges in Europa und schließlich die Überwindung des Abschreckungssystems und der Blockkonfrontation damit erklärt werden, dass es neben diesen Systemen kollektiver Verteidigung auch noch Systeme kollektiver Sicherheit gab, in denen die Gegner vereint waren. Neben der UNO war dies in Europa die KSZE.

Abbildung 3: Die Organisationen: Entwicklung der Zahlen von Vollmitgliedern und in anderer Form Beteiligten (Stand 2003, ohne UNO)



Ein zentraler Unterschied (siehe dazu z.B.: Lutz 1994) zwischen Systemen kollektiver Verteidigung und Systemen kollektiver Sicherheit ist, dass Systeme kollektiver Verteidigung Organisationen sind, mit denen von den Mitgliedern versucht wird Sicherheit „vor“ Nichtmitgliedern zu erreichen, wobei die Definition von Sicherheit von den Mitgliedern des Systems kollektiver Verteidigung ohne Mitsprache von Nichtmitgliedern vorgenommen wird. Demgegenüber basieren Systeme kollektiver Sicherheit auf der Einsicht, dass tragfähige Sicherheit, die nicht die Spirale des Sicherheitsdilemmas immer weiter hochschraubt, nur „mit“ dem potenziellen Gegner zu erreichen ist. D.h. der potenzielle Sicherheitsbedroher ist Teil des Systems, und dadurch hat auch er Einfluss auf die Definition von Sicherheit zwischen den Mitgliedern des Systems kollektiver Sicherheit (vgl. Jaberg 1999a: 28).

Mit Blick auf die UNO und deren Charta ergibt sich allerdings das Problem, dass die Regeln des Systems auch für Nichtmitglieder der UNO gelten und somit auch Nichtmitglieder Objekt negativer Sanktionen der Organisation werden können. So stellt Meyn fest, dass „(d)as Konzept der kollektiven Sicherheit () somit dem System der militärischen Allianzen (d.h. dem Konzept der kollektiven Verteidigung/MB) zu gleichen scheint“ (Meyn 1981: 112). Diese Gefahr nimmt noch zu, wenn Systeme kollektiver Sicherheit auf regionaler Ebene institutionalisiert werden. So formulierte Kimminich: „Ein regionales System kollektiver Sicherheit könnte aufgrund seiner räumlichen Begrenzung dazu neigen, sich zu einem System kollektiver Verteidigung zu entwickeln“ (Kimminich 1984: 9). Allerdings verwirft er diesen Einwand mit dem Argument,

„daß regionale Systeme kollektiver Sicherheit ... keinen von der UNO-Satzung abweichenden Sicherheitsbegriff zugrunde legen dürfen. Es kann sich stets nur um die regionale Begrenzung des in der UNO niedergelegten Gedankens kollektiver Sicherheit handeln“ (ebenda).

In diesem Sinne hebt auch Meyn darauf ab, dass sich ein System kollektiver Sicherheit gegenüber einem System kollektiver Verteidigung dadurch auszeichnet,

„daß es nicht nur nach außen gegenüber den Nichtmitgliedern zur Anwendung kommt, sondern seinen Zweck und seinen Sinn gerade darin findet, dass alle am System beteiligten Staaten seinen Sanktionen unterworfen sind. Es ist also gewissermaßen nach innen gewendet.“ (Meyn 1981: 112)

Auf globaler Ebene der UNO hieße das, dass die Nichtmitglieder eher als Noch-nicht-Mitglieder zu verstehen sind, denn ein System kollektiver Sicherheit ist (auch hier ein Unterschied zu Systemen kollektiver Verteidigung) prinzipiell für alle offen. In dieser Logik und zur Vermeidung des Wandels vom System kollektiver Sicherheit zu einem System kollektiver Verteidigung erscheint es also adäquat, regionale Systeme kollektiver Sicherheit auf die Mitgliedstaaten zu begrenzen.

Gerade also darin, so die These, dass tragfähige Sicherheit nur gemeinsam erreicht werden kann und dabei die Sicherheitsinteressen des Gegenübers zumindest wahr- und ernstzunehmen sind, lag der Erfolg der KSZE als System kollektiver Sicherheit. Sie war der Rahmen dafür, dass man sich in den jeweiligen Systemen kollektiver Verteidigung nicht nur mit der Frage zu beschäftigen hatte, wie „in“ und „für“ das Vertragsgebiet Sicherheit gewährleistet werden konnte, sondern zunehmend auch mit dem Problem, ob die eigenen Sicherheitsvorsorgemaßnahmen nicht beim Gegenüber neue Unsicherheitsperzeptionen

hervorriefen. Man musste also, wollte man das System kollektiver Sicherheit nicht in Gefahr bringen, auch prüfen, ob die eigenen Sicherheitsvorsorgemaßnahmen mit den Sicherheitsbedürfnissen „vor“ dem System kollektiver Verteidigung korrespondierten.

Nun standen sich zu Zeiten des Ost-West-Konflikts die potenziellen Gegner in Europa gegenüber. Die Sicherheitsgefahren waren also Teil Europas. Dies hat sich mit der weltpolitischen Zäsur 1989/90 geändert. Zunehmend werden die potenziellen Sicherheitsrisiken außerhalb Europas identifiziert. Eine „Neue Europäische Sicherheitsarchitektur“ und ihre institutionell verfassten Teile müssen sich – so der zentrale, in der alten Architektur wurzelnde Ausgangspunkt – nun auch an der Frage messen lassen, inwieweit und in welcher Form sie nicht nur Sicherheit *in* und *für* Europa gewährleisten, sondern auch Sicherheit *vor* Europa und damit Frieden und Sicherheit in Europa und in den internationalen Beziehungen. Dies ist die zentrale Fragestellung der vorliegenden Arbeit.

Die Arbeit an dieser Studie begann 1998/99 an zwei unterschiedlichen Enden. Das erste Ende bestand in der theoretischen Auseinandersetzung mit dem Interessenbegriff und dem Versuch der Konzipierung einer Theorie der Interessen in den internationalen Beziehungen. Damit sollte an die Interessendiskussion der Kritischen Friedensforschung der 1970er Jahre (Senghaas 1971b: 16-17, Jahn 1973) angeknüpft und diese wiederbelebt werden. Am zweiten Ende standen Analyse und Kritik jeweils aktueller Entwicklungen der Europäischen „Sicherheits-“Organisationen insbesondere im Kontext der sich zuspitzenden Krise im Kosovo. Aus friedensforscherischer Perspektive wurden dabei immer wieder Konflikte zwischen den Organisationen identifiziert, die aber schließlich nicht nur zwischen ihnen, sondern sozusagen auf dem Rücken Dritter ausgetragen wurden: so der Konflikt zwischen den Plänen im Rahmen der WEU, von der NATO unabhängige militärische Fähigkeiten aufzubauen, und der in der NATO artikulierten Position, dass die WEU *in* der NATO die europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität darstelle. Gerade dieser Konflikt wurde auch über den Krieg um das Kosovo ausgetragen (siehe: Berndt/Ruf 1999). Weiterhin konnte hinter dem Konflikt zwischen der NATO und der russischen Regierung über die NATO-Osterweiterung 1997 auch der Konflikt zwischen WEU und NATO herausgearbeitet werden (Berndt 1999a). Während in der Entwicklung von NATO und WEU zunehmende Tendenzen identifiziert werden konnten, Konflikte militärisch zu bearbeiten (siehe: Berndt 1999b), erschien die KSZE/OSZE zugleich als positive Alternative und Opfer dieser Tendenzen (siehe: Berndt/Ruf 2001). Und während die Entwicklung der „Neuen Europäischen Sicherheitsarchitektur“ von Kompetenzüberschneidungen zwischen den europäischen „Sicherheits-“Organisationen geprägt zu sein schien, so dass das Konzept der *interlocking institutions* eher einer Realität der *interblocking institutions* glich (siehe: Berndt 2001a), erschien es notwendig, auf den Ausbau der OSZE als System kollektiver Sicherheit zu setzen. Was bis dahin aber dem auf Konflikt fokussierten Blick verborgen blieb bzw. durch diesen vernachlässigt wurde, war, dass die OSZE ja ausgebaut wurde (siehe: Berndt 2002b). So stellte sich nun die Frage, wie der Ausbau der OSZE innerhalb der Konkurrenz der Organisationen vonstatten ging. Der Blick auf die Konflikte in der „Neuen Europäischen Sicherheitsarchitektur“ wurde nun ergänzt durch die Betrachtung des Problems, inwieweit nicht nur die Konflikte und das *interblocking* die „Neue Europäische Sicherheitsarchitektur“ prägen, sondern welche konkreten Konsense in dieser zum Ausdruck kommen.

Genau an diesem Punkt konnte nun wieder am ersten Ende, der Interessenfrage, angeknüpft werden, allerdings anders als zunächst geplant. Gerade die Diskussion über den



konsensualen Charakter hegemonialer Herrschaft und dessen Reproduktion im Bereich der Ideen – also dem, was klassisch als subjektive Interessenartikulationen verstanden wurde (inspirierend waren dabei die Arbeiten von Borg 2001a; Brand 2001; Röttger 1998, 2001 und Scherrer 1994, 1999) ließ nämlich die Frage aufkommen, inwieweit über die konsensualen Momente innerhalb der „Neuen Europäischen Sicherheitsarchitektur“ eine bestimmte Ordnung abgestützt werden soll. Dies führte zu einem ersten Versuch, neo-gramscianische Ansätze mit ihrer Art der Interessendiskussion für die Reaktivierung der Kritischen Friedensforschung nutzbar zu machen (siehe: Berndt 2003a).

All diese Vorarbeiten flossen letztlich ein in die vorliegende Studie, wobei die Studie weit mehr darzustellen beabsichtigt als die Summe der Vorarbeiten, zumal im Zuge der Vorarbeiten der Fokus vom Konflikt in Richtung Konsens verschoben wurde. Dieser modifizierte Fokus führte dazu, der Fragestellung ganz anders zu folgen, als es zunächst beabsichtigt war. Dies brachte es mit sich, die Pfade der von der Zeit des Systemgegensatzes geprägten Vorstellungen (auch der Friedensforschung) verlassen zu müssen, um die Kritische Friedensforschung wiederbeleben zu können.

Inwieweit dazu im Rahmen der Diskussion der „Neuen Europäischen Sicherheitsarchitektur“ ein Beitrag geleistet werden kann, bleibt dem Urteil des Lesers bzw. der Leserin überlassen.

Die vorliegende Arbeit ist in vier Teile gegliedert. Im *ersten Teil* werden zunächst im Rahmen der Diskussion des Forschungsstandes die blinden Flecken der Friedensforschung und der *Neo-Gramscians* bezüglich der Entwicklung der „Neuen Europäischen Sicherheitsarchitektur“ herausgearbeitet. Darauf basierend, sind im *zweiten Teil* der theoretische Ansatz, der normative Anspruch und der analytische Zugang zu diskutieren, mit dem versucht werden soll, diese blinden Flecken aufzuhellen. Hier ist eine ausführliche Diskussion v.a. deshalb notwendig, weil sich bisher weder die Friedensforschung mit neo-gramscianischen Ansätzen bezüglich Hegemonie und Konsens noch die *Neo-Gramscians* mit dem normativen Ziel Frieden dezidiert auseinander gesetzt haben. Weiterhin nehmen die *Neo-Gramscians* kaum Bezug auf die polit-ökonomischen Arbeiten, die im Kontext der Kritischen Friedensforschung entstanden sind, ebenso wie die (noch verbliebenen) Vertreter des polit-ökonomischen Ansatzes sich nicht mit den aktuellen kritischen Positionen der *Neo-Gramscians* auseinander setzen. Im Versuch der Verbindung dieser drei Stränge ist also hier ein „neuer polit-ökonomischer Ansatz der Kritischen Friedensforschung“ einschließlich aus ihm abgeleiteter Analyseinstrumente erst zu entwickeln. Im Zentrum des *dritten Teils* steht die empirische Analyse der „Neuen Europäischen Sicherheitsarchitektur“ mithilfe dieses neuen Ansatzes und seines Analyseinstrumentariums. Genau hier ist dann herauszuarbeiten, in welcher Form sich zwischen den Organisationen konsensuale Momente finden, anhand welcher die Frage diskutiert werden kann, ob die „Neue Europäische Sicherheitsarchitektur“ nicht nur einen Beitrag zu Sicherheit *in* und *für* Europa sondern auch zu Sicherheit *vor* Europa darstellt. Schließlich wird in der *Schlussbetrachtung (vierter Teil)* sowohl bezüglich des theoretischen Zugangs wie der Ergebnisse der empirischen Analyse ein Fazit gezogen und ein Ausblick gewagt.

Sofern im Text auf Sekundärliteratur verwiesen wird, finden sich die entsprechenden Angaben im ersten Teil des Literaturverzeichnisses. Ausführliche Angaben zu politischen Dokumenten, die hier das zu analysierende Material abgeben, sind im zweiten Teil des Literaturverzeichnisses in chronologischer Reihenfolge aufgelistet.